

NEUERE WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

IN DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT

Vortrag vor der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft

in Basel am 12. Mai 1975

von Wilhelm Haferkamp,
Vizepräsident der EG-Kommission

I.

Zunächst darf ich mich für die Einladung Ihrer Gesellschaft zu dem Vortrag sehr herzlich bedanken.

Ein besonderer Reiz liegt für mich darin, in einem Land wie der Schweiz, also im freundschaftlich verbundenen "Ausland", über Gemeinschaftsprobleme zu sprechen

- und dies in einer Zeit, in der dieses Land bestimmten Bereichen der Gemeinschaftspolitik besonders Interesse entgegenbringt.

Basel war in den vergangenen Jahrhunderten oft Ausgangspunkt europäischer Ideen und Wirkungsstätte großer Männer, die die europäische Geschichte verändert haben.

Auch heute noch ist diese Stadt Schauplatz, besser vielleicht Arbeitsstätte aktueller europäischer Währungsgeschichte und -politik.

Monatlich beraten hier die europäischen Zentralbankgouverneure.

Und es ist vielleicht auch ein wenig symbolisch für den Stand der europäischen Einigung:

Basel ist auch Treffpunkt

Basel ist auch Treffpunkt für Beratungs- und Verwaltungsorgane der Gemeinschaft.

So tagen hier noch regelmäßig der Ausschuß der Zentralbankgouverneure der EG-Staaten und der Verwaltungsrat des Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, der Anfang 1974 geschaffen worden ist.

Mit meinem Thema:

"Die neueren wirtschaftspolitischen Entwicklungen in der Europäischen Gemeinschaft"

habe ich nicht den Ehrgeiz, neue und überraschende Horizonte zu öffnen.

Mehr denn je ist heute die Fortentwicklung der Gemeinschaft ein zäher Kampf um das Bestehende und um kleine Schritte auf dem langen und mühevollen Weg zur europäischen Einigung.

Von diesem schwierigen Geschäft möchte ich reden und von den mühsam erreichten Ergebnissen, welche von der Öffentlichkeit allzu oft übersehen oder gering eingeschätzt werden.

Positive Ergebnisse in Wirtschaft und Politik eignen sich offenbar weniger zu Schlagzeilen als Krisenmeldungen.

In meinem Thema

In mein Thema möchte ich allerdings auch einige währungspolitische Probleme einbeziehen. Ich nehme auch an, daß Sie von mir erwarten, auf die so aktuelle Frage des möglichen Beitritts der Schweiz zum gemeinschaftlichen Wechselkurssystem einzugehen.

II.

1. Veränderungen und wirtschaftspolitische Fortschritte in der Gemeinschaft müssen auf dem Hintergrund des Jahres 1974 gesehen werden.

Wie schnell und radikal sich die wirtschaftspolitische Szene und Ausgangslage ändert, erkennen wir, wenn wir uns für einen Augenblick an die Gefahren und Befürchtungen des Jahresanfangs 1974 erinnern.

Die Europäische Gemeinschaft stand damals vor einer ihrer größten Herausforderungen in ihrer nicht gerade krisenarmen Geschichte.

Vor einem Jahr gab es nicht Wenige, die für den Fortbestand des Gemeinsamen Marktes kaum etwas gegeben hätten. Einige sprachen von der Kapitulation Europas.

Der Einsatz und die Errungenschaften von 15 Jahren drohten damals in wenigen Wochen und Monaten verspielt zu werden.

Natürlich waren die grundlegenden

2. Natürlich waren die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten über das Integrationsverfahren bereits vorher aufgetreten.

Statt - wie nach den Fahrplänen der WWU vorgesehen - die wichtigen politischen Entscheidungen für die zweite Stufe zu treffen, überließen die Politiker den Experten die Diskussion.

Statt die ersten ernsthaften Schritte für die Übertragung von bisher nationalen Verantwortlichkeiten auf Gemeinschaftsorgane in Sachen Konjunktur-, Geld- und Währungspolitik einzuleiten, feilschte man um Prozeduren und Zahlen.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften lieferte pflichtgemäß - entsprechend den Aufträgen der Pariser Gipfelkonferenz von 1972 - Berichte und Aktionsprogramme ab. Aber die politischen Entscheidungen blieben aus.

Der qualitative Sprung fand nicht statt.

3. Mit dem Schock der Erdölkrise vom Herbst 1973 trat jedoch die Uneinigkeit der Mitgliedsländer und der Mangel an europäischer Solidarität plötzlich offen zutage.

In beschämender Weise

In beschämender Weise wurde dies der Öffentlichkeit auf der europäischen Gipfelkonferenz in Kopenhagen und einige Wochen später auf der internationalen Energiekonferenz in Washington vor Augen geführt.

4. Frankreich verließ - wie bereits vorher Großbritannien, Irland und Italien - den gemeinschaftlichen Wechselkursverbund.

Als Folge des schnellen Anstiegs der Rohstoffpreise und der Ölpreisexplosion wuchsen die Zahlungsbilanzdefizite massiv an.

Die Zahlungsbilanzungleichgewichte drohten unkontrollierbar zu werden und beschworen die Gefahr von Zusammenbrüchen der internationalen Finanzmärkte und des Bankrotts einzelner Länder herauf.

Die italienische Regierung griff zu Restriktionen des bisher freien innergemeinschaftlichen Handels in Form des Bardepots auf Einfuhren.

Die Ausbreitung protektionistischer Maßnahmen und die Gefahr konkurrierender Abwertungen waren nicht mehr auszuschließen.

Der Kern und die Substanz des Gemeinsamen Marktes stand in diesen Wochen auf dem Spiel.

5. Schließlich heizte die Ölpreisexplosion

5. Schließlich heizte die Ölpreisexplosion nochmals kräftig die weltweite Inflation an. Die Kosten- und Preisspirale kam 1974 erneut in Gang und der Anstieg der Verbraucherpreise beschleunigte sich weiter bis zu jährlichen Zuwachsraten von 10 - 20 % und mehr.

Die Inflation der europäischen Industrieländer näherte sich damit südamerikanischen Verhältnissen.

6. Wie sieht die Lage heute in der Gemeinschaft - nach 1 1/2 Jahren - aus?

Angesichts der düsteren Perspektiven von damals kann man die jetzige Situation mit Erleichterung als "über den Berg" beurteilen.

Die schlimmsten Befürchtungen des Jahres 1974 haben sich keinesfalls bewahrheitet.

7. Ich will nur einige Fakten aufzählen, die meinen relativen Optimismus rechtfertigen können:

- Erstens haben sich die Zahlungsbilanzdefizite als kleiner herausgestellt, als ursprünglich erwartet wurde.

Statt 20 Mrd. Dollar

Statt 20 Mrd. Dollar betrug das Defizit der laufenden Zahlungsbilanz der Gemeinschaft "nur" 13 Mrd. Dollar. Dieses Defizit könnte im Jahre 1975 u.U. sogar auf etwa 5 Mrd Dollar vermindert werden.

- Zweitens haben die internationalen Finanzmärkte die Rückschleusung der Ölgelder und die Finanzierung der riesigen Defizite bisher ohne größere Schwierigkeiten bewältigt;

der Bankapparat ist nicht zusammengebrochen;

die Schuldnerländer sind kreditwürdig geblieben;

Abwertungen und Wechselkursveränderungen haben sich seit der Ölkrise in engen Grenzen gehalten.

- Drittens konnte der weltweiten Inflation Einhalt geboten werden.

In einigen Ländern, darunter auch die Schweiz und die Bundesrepublik Deutschland, wurde die Inflationsmentalität gebrochen.

Auch in Frankreich und Italien schwächt sich neuerdings der Preisauftrieb ab.

- Viertens

- Viertens - und vielleicht am wichtigsten für den Fortbestand des internationalen Handels und der Gemeinschaft - ist festzustellen, daß der Einbruch in den freien Warenaustausch verhindert wurde.

Die sich ausbreitenden protektionistischen Neigungen wurden gestoppt.

Die Schutzmaßnahmen, so das italienische Bardepot und viele Kapitalverkehrskontrollen, sind wieder abgeschafft worden.

8. Dieses so positive Bild bei der wirtschaftlichen Bestandsaufnahme der letzten Monate soll nicht den Eindruck erwecken, als stünde in der westlichen Welt und in der Gemeinschaft mittlerweile alles wieder zum besten.

Auf vielen Gebieten, vor allem bei der Bewältigung der strukturellen Anpassungsprobleme, stehen wir alle erst am Anfang der Lösung schwieriger Aufgaben.

Auch bei der Bekämpfung der Inflation sind - trotz erster Erfolge - die Gefahren noch nicht gebannt.

Die durchschnittliche Preissteigerungs

Die durchschnittlichen Preissteigerungsrate in der Gemeinschaft wird auch für 1975 voraussichtlich noch immer bei rd. 12 % liegen mit Divergenzen zwischen den Mitgliedstaaten von 6 bis 25 % !

Beunruhigend sind vor allem aber die anhaltend hohen Zahlen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen, die als Folge der Produktionsrückgänge in allen Ländern auftreten.

Die Zahl der Arbeitslosen erreicht z.Z. in der Gemeinschaft insgesamt mehr als 4 Millionen, wenn man sie um die Saisoneinflüsse bereinigt.

Die rezessiven Tendenzen der Ölkrise und der Rückgang des Welthandels sind überall unterschätzt worden und viel stärker gewesen als ursprünglich erwartet wurde.

Das aktuelle Konjunkturbild ist gekennzeichnet von:

- gedämpfter Inlands- und Auslandsnachfrage,
- hohen Sparquoten der privaten Haushalte,
- überfüllten Lägern und zurückhaltenden Investitionen,
- unausgenutzten Kapazitäten und schwachem Importbedarf.

9. Die Gefahren

9. Die Gefahren einer sich gegenseitig verstärkenden Rezession sind freilich gebannt.

Wenn nicht alles trügt, ist für die meisten großen Industrieländer die Talsohle der wirtschaftlichen Aktivität erreicht und vielleicht schon durchschritten.

Aber noch nie ist es so schwierig wie jetzt gewesen, den Zeitpunkt und die Stärke des kommenden Konjunkturaufschwungs vorauszusagen.

Wegen des starken Produktionsabfalls in den letzten Monaten des Jahres 1974 und des ersten Quartals 1975 muß eine reale Zuwachsrate für das Sozialprodukt der Gemeinschaft von rund 1/2 - 1 % bereits als Erfolg angesehen werden. Ein solcher Jahresdurchschnitt setzt einen konjunkturellen Aufschwung bereits im zweiten Halbjahr 1975 voraus.

International gesehen kommt die Gemeinschaft trotzdem noch verhältnismäßig günstig davon.

Die USA erleben z.Z. ihre stärkste Rezession seit vierzig Jahren. Das reale Sozialprodukt ging bereits 1974 um 2 % zurück und für 1975 beträgt der reale Rückgang sogar rund 5 %. Die Arbeitslosenquote wird 9 % übersteigen.

Das Gesamturteil über die Lage

III.

1. Das Gesamturteil über die Lage in der Gemeinschaft 18 Monate nach dem Schock der Erdölkrise fällt trotz aller Schwierigkeiten positiv aus.

Welchen Ursachen und Faktoren verdanken wir diese relativ günstige Bilanz?

Vor allem drängt sich eine Schlußfolgerung über das Funktionieren des marktwirtschaftlichen Systems im weitesten Sinne auf:

es hat sich als robuster, elastischer und anpassungsfähiger erwiesen, als nicht nur seine Kritiker, sondern selbst manche seiner Anhänger geglaubt hatten.

Man sollte diesen Nebeneffekt der Krise und das zurückgewonnene Selbstvertrauen in die Funktionsfähigkeit unserer Wirtschaftsordnung nicht gering einschätzen.

Das spricht nicht gegen die Notwendigkeit von sozialen und gesellschaftspolitischen Reformen. Im Gegenteil!

Ich wage eine weitere Folgerung:

die Entwicklung und die Bewältigung der Krise wäre anders ausgefallen, wenn es die Gemeinschaft als einen eng miteinander verflochtenen und voneinander abhängigen Wirtschaftsraum nicht gegeben hätte.

2. Der Umschlag

2. Der Umschlag der Befürchtungen und Tendenzen ist nicht den spontanen Kräften der Märkte allein zu verdanken, sondern war auch Ergebnis einer bewußten Wirtschaftspolitik.

Trotz der mühsamen Entscheidungsprozeduren in der Gemeinschaft und vielleicht auch dank freundschaftlicher Beziehungen zwischen den europäischen Regierungschefs scheint es, als wären sich die Mitgliedsländer während der letzten Monate stärker ihres Zusammenhaltes bewußt geworden.

Und vielleicht sind sich die Regierungen der Gemeinschaftsländer heute klarer darüber, daß sich niemand mehr den Rückzug in die nationale Autarkie und Isolierung leisten kann.

Diese Haltung hat sich in gemeinsame Verhaltensweisen und konkrete Aktionen umgesetzt. Dafür nur einige Beispiele:

3. Die Notwendigkeit und Priorität der Inflationsbekämpfung haben im vergangenen Jahr alle Mitgliedstaaten anerkannt. Dies schlug sich in einem scharfen Restriktionskurs der Geld- und Budgetpolitik wieder, der - trotz späterer Lockerungen - auch angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit durchgehalten wurde.

Die Änderung der wirtschaftspolitischen Zielprioritäten in Richtung auf Stabilität ist z.B. im Falle Frankreichs unübersehbar.

Der Kampf um die Stabilität

Der Kampf um die Stabilität ist noch keineswegs gewonnen. Aber die Voraussetzungen dafür haben sich verbessert.

4. Wegen der unterschiedlichen wirtschaftlichen Ausgangslage hat sich die Gemeinschaft im letzten Jahr auf ein abgestimmtes konjunkturpolitisches Konzept geeinigt.

Es trägt sowohl der Beschäftigungs- wie auch der Anti-Inflationspolitik mit der folgenden Rollenverteilung Rechnung:

- globale Maßnahmen der Konjunkturankurbelung in Ländern mit hohen Zahlungsbilanzüberschüssen, wie die Bundesrepublik und die Niederlande;
steigender Einfuhrbedarf würde die Zahlungsbilanzungleichgewichte ihrer Partner verbessern helfen;
- eine vorsichtige selektive Politik vor allem durch Investitionsförderung für diejenigen Länder, die bei der Bekämpfung der Zahlungsbilanzdefizite und Inflation relative Erfolge aufweisen können, wie z.B. Frankreich;
- die Fortsetzung des Restriktionskurses in Ländern mit hohen Inflationsraten und Defiziten, wie z.B. dem Vereinigten Königreich.

5. Es wird eine wichtige Bewährungs-

5. Es wird eine wichtige Bewährungsprobe für die Gemeinschaft sein, ob sie diese komplementäre Strategie erfolgreich durchhalten kann.

Nur dann nämlich werden über einen kontrollierten und soliden Aufschwung die Voraussetzungen dafür geschaffen, um die Inflation weiter einzudämmen und die großen Diskrepanzen zwischen den Mitgliedstaaten einzuebnen.

Die Verstetigung der Konjunktorentwicklung ist wichtiger als ein möglichst frühzeitiger und starker Boom, der nur allzu leicht aus dem Ruder laufen kann, wie die Erfahrungen des Jahres 1973 gezeigt haben.

6. Ein weiteres Beispiel für den größeren Zusammenhalt in der Gemeinschaft ist der mittelfristige Währungsbeistand, der Italien im vergangenen Jahr zugestanden wurde.

Weniger als die Kreditsumme von fast 2 Mrd. \$ ist die Tatsache von Bedeutung, daß er an eine Reihe wirtschaftspolitischer Auflagen gebunden worden ist.

Sie reichen von der Begrenzung der internen Kreditausweitung und der Höhe des Haushaltsdefizits bis zur Vorlage von mittelfristigen Projekten, mit denen die Verwaltungs-, Steuer- und Regionalstruktur verändert werden soll.

Das wirtschaftspolitische Bedingungs-system

Das wirtschaftspolitische Bedingungs-system wurde nicht nur von der Regierung, sondern prinzipiell auch von den italienischen Gewerkschaften und vom italienischen Unternehmensverband akzeptiert.

Der Anwendungsfall Italien und die ersten Erfolge des so von allen Mitgliedsländern mitgetragenen Sanierungsprogramms sind ein Beispiel für die von der EG-Kommission verfochtene These:

gemeinschaftliche Hilfe nur bei Selbsthilfe,
finanzielle Hilfe der Gemeinschaft nur unter wirtschaftspolitischen Auflagen.

7. Der bevorstehende Konjunkturaufschwung setzt die Funktionsfähigkeit eines möglichst ungestörten Welthandels voraus.

Zum ersten Mal in der Nachkriegszeit stagniert das Volumen des Welthandels, der sich bisher in jährlichen Zuwachsraten von durchschnittlich 8 % ausdehnte.

In einer Stagnationsperiode muß protektionistischen Tendenzen entschlossener Widerstand entgegengesetzt werden.

Die Gemeinschaft hat dafür ein Beispiel gegeben.

Sie ist auch bereit,

Sie ist auch bereit, im Rahmen der neuen GATT-Verhandlungen am weiteren Abbau von Handelshemmnissen und Zöllen mitzuarbeiten.

Vor kurzem hat die Gemeinschaft im Assoziierungsabkommen von Lomé die Grundlagen für gemeinsame Entwicklungshilfe und engere Zusammenarbeit mit 46 Entwicklungsländern des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums gelegt.

Beklagenswert bleibt aber weiterhin die Haltung einzelner Interessengruppen, vor allem in der Landwirtschaft.

Man kann nur hoffen, daß Zölle auf Rindfleischimporte und Ministerratsdiskussionen über Tomatenmark nicht mehr lange Zweifel an der Ernsthaftigkeit unserer handelspolitischen Absichten nähren.

IV.

1. Erlauben Sie mir nach diesen Bemerkungen zur Wirtschaftspolitik auch einen kurzen Ausflug in das währungspolitische Gebiet.

Ich gehöre nicht zu jenen, die der Auffassung sind, man könne beide Bereiche sauberlich voneinander trennen.

Ich halte das Gegenteil für richtig

Ich halte das Gegenteil für richtig und bedauere, daß die währungspolitische Diskussion oft attraktiver und schlagzeilenträchtiger erscheint.

Liegt das etwa daran, daß Geld, Gold und eine sie umgebende besondere Sprache der Währungsweisen die Neugierde anlockt?

In meinen Bemerkungen zur Währungspolitik der Gemeinschaft möchte ich auf drei Themen eingehen:

- die Gemeinschaftsanleihe,
- die Neudefinition der europäischen Rechnungseinheit und
- den möglichen Beitritt der Schweiz zur europäischen Währungsschlange.

2. Auch das neue Instrument der Gemeinschaftsanleihe muß als Beitrag der Gemeinschaft zur Bewältigung der Ölkrise und der sich daraus ergebenden Zahlungsbilanzdefizite gesehen werden.

Mit ihrer Hilfe sollen Ölmilliarden der Erdölexport-Länder über die Gemeinschaft an die Mitgliedstaaten mit Zahlungsbilanzdefiziten weitergeleitet und so die Recycling-Probleme erleichtert und die internationalen Finanzmärkte entlastet werden.

Die Gemeinschaftsanleihe

Die Gemeinschaftsanleihe wird von allen Mitgliedsländern gemeinsam garantiert und bringt so die gemeinschaftliche Solidarität gegenüber der Außenwelt zum Ausdruck.

Wichtiger aber ist wiederum, daß die Gewährung eines Kredits für ein Mitgliedsland mit wirtschaftspolitischen Auflagen verbunden ist, die von den Gemeinschaftsorganen festgelegt und deren Einhaltung gemeinsam überwacht werden.

Die Diskussion über die Notwendigkeit und die Modalitäten der Gemeinschaftsanleihe wurde unnötig lange geführt. Schließlich einigten sich die Mitgliedsländer auf eine erste Tranche von 3 Mrd. Dollar. Sie ist bis heute allerdings noch nicht beansprucht worden. Auch das kann sich schnell ändern. Im übrigen habe ich bei einigen Ölproduzentenländern konkretes Interesse an dieser Anlagenmöglichkeit festgestellt.

3. Im April d.J. ist auf Drängen der EG-Kommission eine weitere Grundsatzentscheidung im Ministerrat zustande gekommen, nämlich die Neudefinition der europäischen Rechnungseinheit.

Bis zum August 1971 waren die Wechselkursrelationen der Mitgliedswährungen miteinander über den US-Dollar verknüpft und die europäische Rechnungseinheit einheitlich als feste Parität zu einer bestimmten Goldmenge definiert.

Der Wert der neuen europäischen

Der Wert der neuen europäischen Rechnungseinheit ist ein Schritt auf dem Weg zu einer eigenen "Währungspersönlichkeit" der Gemeinschaft. Man sollte ihn nicht überbewerten. Aber wenn die neue Rechnungseinheit zunehmend für andere, auch privatwirtschaftliche Zwecke verwandt würde, dann könnte sie eines nicht allzu fernen Tages sogar zur Keimzelle für eine europäische Währung werden.

4. Wie schwierig und ehrgeizig ein solches Vorhaben ist, zeigt das Schicksal der Pläne für die Verwirklichung der WWU, die sich bisher vor allem auf die Bildung eines europäischen Wechselkurs-systems konzentriert haben.

Die Geschicke dieser so mysteriösen "europäischen Währungsschlange" sind allgemein bekannt. Bereits mehrfach totgesagt und mit teils würdigen, teils ironischen Nachrufen versehen, erweist sich dieses Währungstier als viel zäher als vorausgesagt.

Das neuerliche Interesse der Schweiz an einem eventuellen Beitritt und die am 9. Mai erklärte Absicht Frankreichs, in die "europäische Schlange" zurückzukehren, sind Anzeichen für ihre Lebenskraft.

In diesem Zusammenhang

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen:

Der Wiedereintritt Frankreichs in den europäischen Währungsverbund

- ist ein Zeichen für die Entwicklung der französischen Wirtschaft in Richtung auf Stabilisierung;
- ist ein ermutigendes Ergebnis der geduldigen Bemühungen zur Koordinierung der Wirtschafts- und Währungspolitik in der Gemeinschaft im Laufe der letzten anderhalb Jahre
- ist - angesichts der Verkündung dieser Absicht am 25. Jahrestage des ersten Schrittes zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft - gewiß auch ein wichtiger politischer Ausdruck des Vertrauens in die weitere Entwicklung der europäischen Integration.

Die "Mini-Schlange", d.h. der verbliebene Währungsverbund der D-Mark, der Beneluxwährungen und der dänischen Krone, dem sich die schwedische, norwegische und österreichischen Währung angeschlossen haben, hat bisher relativ gut funktioniert. Das ist kein Wunder.

Die Länder der Rest-Schlange

Die Länder der Rest-Schlange sind sich in ihrer Wirtschaftsstruktur ähnlich und weisen untereinander eine weitgehende Konvergenz der wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und Verhaltensweisen auf.

In dieser Feststellung liegt das Grundproblem eines stabilen und dauerhaften Währungsverbundes. Dieser Verbund erfordert unausweichlich eine ständige und intensive Konsultierung und Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik untereinander, d.h. die Koordinierung der Konjunktur-, Geld- und Zinspolitik, der Budget- und Steuerpolitik, und die gegenseitige Rücksichtnahme bei der Konzipierung und Durchführung wirtschaftspolitischer Entscheidungen.

Die Erfahrungen der EG-Länder haben bewiesen, daß rein währungstechnische Abmachungen unzureichend bleiben.

Für die Schweiz stellt sich also die Frage, in welchem Umfang sie bereit sein könnte, die wirtschaftspolitischen Konsequenzen aus den Sachzwängen eines engeren Währungsverbundes zu ziehen. Dazu kommen andere Fragen, nämlich

- in welchem Rahmen soll die Konzertierung der Währungsinterventionen erfolgen und
- inwieweit soll sich die Schweiz an den kurzfristigen Kreditfazilitäten der Zentralbanken beteiligen.

Die EG-Kommission

Die EG-Kommission ist der Ansicht, daß die währungs- wie die wirtschaftspolitische Konzertierung im Gemeinschaftsrahmen erfolgen, d.h. alle Mitgliedsländer, auch die noch isoliert floatenden, einbeziehen muß.

Es wäre nicht nur für die Europäische Gemeinschaft verhängnisvoll, die Kluft zwischen den Blockfloatern und den übrigen Ländern zu vertiefen.

Es wäre unrealistisch zu leugnen, daß der Beitritt der Schweiz Probleme aufwerfen kann. Als internationaler Kapitalumschlagplatz nimmt die Schweiz eine besondere Stellung ein.

Der Schweizerfranken ist in der potentiellen Rolle einer besonders gefragten Währung. Damit würde er in unruhigen Währungszeiten eine Tendenz zur Höherbewertung der bestehenden Währungsschlange und damit zur Verschlechterung der Wettbewerbssituation auf den Exportmärkten nach sich ziehen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, betone ich:

Der Beitritt der Schweizerfranken würde dem europäischen Währungsverband ein größeres Gewicht verleihen und die Zone realtiver Währungsstabilität vergrößern.

Ein so gestärkter Währungsverbund

Ein so gestärkter Währungsverbund wäre besonders bedeutungsvoll in der unstabilen Umwelt der internationalen Währungs- und Handelsbeziehungen. Dieser Beitrag wäre um so wichtiger, je länger die Störungen und Unsicherheiten der gegenwärtigen Lage in der Weltwirtschaft und im Weltwährungssystem anhalten.

Es wäre aber wenig gemeinschaftlich gedacht, durch den Beitritt der Schweiz den Wiederanschluß anderer Mitgliedsländer zu erschweren.

Die z.Z. sichtbar werdenden Erfolge bei der Bekämpfung der Zahlungsbilanzdefizite und der Inflation in einigen Mitgliedsländern rechtfertigen es nicht, die Hoffnung aufzugeben, daß die z.Z. bestehenden Divergenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Mitgliedsländern jemals wieder beseitigt werden können.

Entweder werden durch eigene und gemeinsame Anstrengungen diese Diskrepanzen mittelfristig abgebaut oder aber der Gemeinsame Markt wird in seiner jetzigen Form und Zusammensetzung auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden können.

Erlauben Sie mir zum Schluß

V.

Erlauben Sie mir zum Schluß einige Bemerkungen zu den Erfolgs- und Wiederbelebungschancen der Wirtschafts- und Währungsunion:

"Der stille Tod des Werner-Plan" mag ein guter Feuilleton-Titel und als Feststellung vielleicht sogar richtig sein.

Aber Pläne sind nicht das Entscheidende in der politischen Realität. Die ökonomischen Rahmenbedingungen und die internationale Ausgangslage haben sich verändert, also werden sich auch die Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion ändern.

Allen Unkenrufen und Schwierigkeiten zum Trotz haben die Staaten der Gemeinschaft weder das Fernziel des Gemeinsamen Marktes noch der Wirtschafts- und Währungsunion aufgegeben.

Dieses Ziel ist:

einen wirtschaftlichen und politischen Raum in Europa zu schaffen, der besser als die einzelnen Nationalstaaten Wohlfahrt, Vollbeschäftigung und soziale und wirtschaftliche Stabilität sicherstellen und einen wirksamen Beitrag für eine friedliche Ordnung in der Welt leisten kann.

Wer dieses Fernziel ernst nimmt,

Wer dieses Fernziel ernst nimmt, muß auch die Schlußfolgerungen akzeptieren:

- erstens: der Gemeinsame Markt kann ohne Schaden für seine Mitglieder und die Weltwirtschaft nicht mehr rückgängig gemacht werden;
- zweitens: der Gemeinsame Markt muß notwendigerweise zu einer gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Währungspolitik führen oder er zerfällt.

Die Gemeinschaft ist in den letzten Jahren bei der Verwirklichung der Pläne der Wirtschafts- und Währungsunion nicht sonderlich vorangekommen. Zum Teil mußten auch Rückschritte in Kauf genommen werden.

Auf die Gründe für die Mißerfolge will ich hier nicht eingehen. Sie lassen sich leider stets eindrucksvoller schildern als die stillen und regelmäßigen Fortschritte bei der Verschmelzung von Märkten und bei der Annäherung der Volkswirtschaften.

Bei den Anstrengungen zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion müssen wir uns ohne Illusionen auf realistische Zeiträume und realisierbare Ergebnisse einstellen.

Statt neue ehrgeizige Pläne

Statt neue ehrgeizige Pläne herzustellen, müssen wir uns weiterhin um konkrete Aktionen bemühen.

Das aber führt nicht zu dauerhaftem Fortschritt, wollte man sich auf das zwar wichtige, aber doch begrenzte Feld von Wirtschaft und Währung beschränken.

Es wäre verhängnisvoll zu glauben, die wirtschaftliche Einheit der europäischen Staaten ließe sich ohne politische Institutionen und ohne die Übertragung politischer Vollmachten auf gemeinschaftliche Organe vollziehen.

Europa zu schaffen, bleibt also letztlich die Aufgabe der Politiker.